

# Greenpeace schimpft auf Berliner Justiz

BERLIN – Seit heute Morgen durchsuchen Ermittler der Polizei bundesweit 29 Wohnungen im Zusammenhang mit einer Greenpeace-Aktion im vergangenen Juni. Damals hatten Öko-Aktivisten auf dem mehrspurigen Kreisverkehr am Großen Stern 3.500 Liter gelbe Farbe versprüht – ein „strahlendes Symbol für die Energiewende“, wie das in diesen Kreise genannt wird. Die Aktion sollte dem beschleunigten Ausstieg aus der Kohleenergie dienen. Was tatsächlich passierte: Es kam zu Verkehrsunfällen mit Sachschäden und mehrere Motorradfahrer und eine Radfahrerinnen stürzten.

Mit den Durchsuchungen heute versucht die Berliner Generalstaatsanwaltschaft die Organisatoren und Helfer zu finden. 19 Personen wurden bereits ermittelt.

Der Öko-Konzern Greenpeace schimpfte heute mächtig über das Vorgehen der Berliner Justiz. Man wolle Greenpeace einschüchtern, mundtot machen und Protest unterdrücken. Die Durchsuchungen seien ein „Angriff auf die Zivilgesellschaft“ und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Man habe Anwälte eingeschaltet.

---

# AfD-Fraktion hat Abgeordnete Jessica Bießmann ausgeschlossen

BERLIN – Die AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat die Abgeordnete Jessica Bießmann ausgeschlossen. Der Grund sind Fotos aus ihrer Vergangenheit, wo die familienpolitische Sprecherin vor einem Regal sitzt, in dem Weinflaschen mit Hitler-Konterfei zu sehen sind.

Das sei aber nicht der einzige Grund, wird Fraktionsvize Karsten Woldeit im *Tagesspiegel* zitiert. Angeblich stößt der Partei auch Bießmanns Schulterchluss mit rechten Bewegungen wie Pegida auf.

---

## SPD will Frauentag in Berlin als Feiertag

BERLIN – Die SPD will den sogenannten „Frauentag“ am 8. März zu einem gesetzlichen Feiertag in Berlin machen. Das wollen die Genossen auf ihrem Landesparteitag im November beschließen. Grund dafür ist, dass in allen Ost-Bundesländern am Reformationstag (31. Oktober) für die Arbeitnehmer frei ist – in der Hauptstadt aber nicht. Das benachteilige Pendler aus Berlin ins Umland.

Die Linke hat sich inzwischen mit einem anderen Vorschlag gemeldet. Parteichefin Katina Schubert sagte dem *Tagesspiegel*:

„Der 8. Mai als Tag der Befreiung wäre unser erster Wunsch.“

---

## **Lehrer-Meldeportal startet – Pazderski (AfD): „Wir wollen die politisch neutrale Schule“**

BERLIN – Die AfD startet ein Internetportal, auf dem Schüler und Eltern Lehrer melden können, wenn die gegen ihre Neutralitätspflicht verstoßen. Der Aufschrei bei Gewerkschaften und linken Politikern in Berlin ist groß. Wir haben uns gedacht: fragen wir mal direkt beim Verursacher der Aufregung nach. *Berlin.jetzt* im Gespräch mit dem Fraktionschef der AfD im Abgeordnetenhaus, Georg Pazderski:

***Herr Pazderski, ab heute sollen Berliner Schüler AfD-kritische Lehrer melden können. Die Bildungssenatorin und die Gewerkschaften haben zum Widerstand aufgerufen. Warum säen Sie soviel Unruhe an den Schulen?***

Die Unruhe war schon vorher da, denn viele Eltern und Schüler haben seit langem den Eindruck, dass von einigen Lehrern ein politisch einseitiges Weltbild verbreitet wird. Das geht soweit, dass Schüler regelrecht zu einer bestimmten politischen Auffassung erzogen werden. Das ist nicht akzeptabel.

***Wenn es solche Einzelfälle gibt, können diese doch aber auch bei der Schule oder dem Schulamt gemeldet werden. Wozu dann***

## ***diese Kampagne?***

Durch die übergeordnete Stellung des Lehrers trauen Schüler sich oft nicht, ihre Meinung offen auszusprechen, weil sie Angst vor Ausgrenzung oder schlechteren Noten haben. Genauso geht es ihren Eltern. Trotz Hinweisen ihrer Kinder in der Schule schweigen sie lieber, weil sie fürchten, dass ihr Kind benachteiligt werden könnte. Darum wollen wir Schüler, Eltern und Lehrer verstärkt für dieses Problem sensibilisieren. Auch Schüler haben demokratische Rechte und in der Schule muss es einen großen Respekt vor der Meinungsfreiheit geben. Das gilt insbesondere für die Meinungen, die dem linken Zeitgeist unbequem sind.

## ***Lehrer empfinden das aber als Denunziantentum...***

Ich hätte mir gewünscht, dass die krakeelenden Kritiker sich das Portal erst einmal angeschaut hätten, bevor sie dagegen hetzen. Wir halten jeder Kritik stand. Die frei von Links erhobenen Vorwürfe und Vergleiche sind absurd und entbehren jeder Grundlage. Wir wollen die politisch neutrale Schule. Das ist geltendes Recht. Wer sich darüber hinwegsetzt, muss mit Kritik rechnen. Deswegen ist auch die Meldung von Verstößen gegen das Neutralitätsgebot legitim.

## ***Damit sind aber Missbrauch und Hetze Tür und Tor geöffnet. Wie wollen Sie das verhindern?***

Wir gehen da ganz gelassen ran. Für uns hat stets die schulinterne Lösung Vorrang. Oft lässt sich mit einem persönlichen Gespräch die Angelegenheit sofort klären. Dazu raten wir ausdrücklich. Erst wenn sich Schüler und Eltern nicht trauen, Probleme direkt mit dem Lehrer oder der Schulleitung zu besprechen, werden wir aktiv. Liegt ein begründeter Anfangsverdacht vor, bieten wir an, den Vorgang unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte zur **Überprüfung** an die Schulleitung oder **Schulbehörde** weiterzuleiten. Wir werden aber nichts ohne Rücksprache mit den Schülern und Eltern

unternehmen und selbstverständlich alle uns übermittelten Daten vertraulich behandeln und keinesfalls veröffentlichen. Als Realpolitiker zählt für uns die Lösung, nicht die Show, wie bei den Altparteien.

---

## **Bildungssenatorin Scheeres warnt vor AfD-Portal**

BERLIN – Pläne der Berliner AfD, ein Internetportal zu starten, auf dem Eltern und Schüler melden können, wenn Lehrkräfte im Unterricht ihre Neutralitätspflicht verletzen, empört Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD, Foto). Sie ruft dazu auf, sich nicht daran zu beteiligen. Die Politikerin weiter: „Es ist Aufgabe der Schule, die im Grundgesetz und Schulgesetz formulierten Werte wie Demokratie, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit zu vermitteln. Selbstverständlich darf keine Indoktrination von Schülern und Schülerinnen erfolgen.“

---

## **AfD-Abgeordneter Gläser verliert Ausschussvorsitz**

BERLIN – Der Berliner AfD-Abgeordnete Ronald Gläser ist als Vorsitzender des Datenschutzausschusses des Abgeordnetenhauses abgewählt worden. Alle Fraktionen außer der AfD stimmten dafür. Gläser hatte nach dem Tötungsdelikt gegen einen 35-jährigen Deutschen in Chemnitz vor einigen Wochen den Haftbefehl gegen den Tatverdächtigen aus dem Irak über Twitter

verbreitet. Der Politiker sagte, er habe nicht gewusst, dass das eine Straftat sei.

---

## **CDU schließt Koalitionen mit Linke und AfD in Berlin aus**

BERLIN – Koalitionen mit Linke und AfD schließt die Berliner CDU für die nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus aus. Das beschlossen die Delegierten auf ihrem 43. Landesparteitag am Wochenende in der Auferstehungskirche in Friedrichshain. „Zuhause in Berlin – Gut wohnen. Gut leben“ – so lautete das Motto der Veranstaltung. Landesvorsitzende Monika Grütters (56) beklagte in ihrer Rede, dass bei der Diskussion um Hubertus Knabe (59), den rausgeworfenen Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen, nur über ihn gesprochen werde aber nicht über die Frauen, die mutmaßlich Opfer sexueller Übergriffe geworden seien.

Eine Abfuhr kassierte die Junge Union (JU), die bis Sommer kommenden Jahres den Spitzenkandidaten der CDU für die Wahl 2021 per Mitgliederentscheid regeln wollte. Da folgte der Parteitag nicht, wohl weil man fürchtete, dass ein Kandidat, der zu früh nominiert wird, dann leicht verheizt werde.

---

# **Berlins Haushaltslage ist „stabil und solide“ sagt Kollatz (SPD)**

BERLIN – Der Senat hat heute auf Vorlage von Finanzsenator Dr. Matthias Kollatz (SPD) den Stabilitätsbericht 2018 beschlossen. Dieser gibt Auskunft über die zentralen Haushaltskennziffern. Der aktuelle Bericht zeige, dass die Haushaltslage Berlins stabil und solide ist.

Bund und Länder sind verpflichtet, den Stabilitätsrat jährlich über die zentralen Haushaltskennziffern zu informieren. Der Stabilitätsbericht betrachtet die Entwicklung des (strukturellen) Finanzierungssaldos, der Kreditfinanzierungsquote, der Zins-Steuer-Quote und des Schuldenstandes für die beiden zurückliegenden abgeschlossenen Haushaltsjahre. Der Bericht enthält auch Informationen zu den Sollzahlen für das laufende Haushaltsjahr und den Zeitraum der Finanzplanung. Außerdem wird auf Basis standardisierter Annahmen eine Prognose für den mittelfristigen Planungszeitraum getroffen.

Kollatz: „Berlin ist auf einem guten Weg. Wie schon im Vorjahr liegen drei der vier zentralen Haushaltskennziffern im grünen Bereich. Das ist vor allem das Ergebnis unserer klaren Konsolidierungspolitik. Lediglich der Schuldenstand pro Einwohnerin und Einwohner liegt noch über dem Schwellenwert. Wir arbeiten daher weiterhin entschlossen daran, diesen in Schritten abzubauen. Schritte, die vor zehn Jahren kaum jemand für möglich gehalten hat. Unser Hauptaugenmerk liegt aber nicht nur auf der Konsolidierung. Dank unserer hart erarbeiteten finanziellen Spielräume steigern wir das

Investitionsvolumen deutlich. Dieser Zweiklang hat sich bewährt. Damit senken wir künftige Zinslasten und sind für die Ära der Schuldenbremse ab 2020 gewappnet. Gleichzeitig werden wir dem hohen Investitionsbedarf gerecht, insbesondere beim Schulbau oder der sozialen Infrastruktur. Diesen klaren Kurs gilt es beizubehalten, um für den Fall, dass die Zinsen wieder steigen, steuerungsfähig zu bleiben.“

Der Stabilitätsrat wurde mit der Verankerung der Schuldenbremse im Grundgesetz geschaffen. Das Bund-Länder-Gremium hat die vorrangige Aufgabe, fortlaufend die Haushaltswirtschaft aller Gebietskörperschaften zu überwachen und drohende Haushaltsnotlagen zu erkennen.

---

## **Israel-Reise wackelt: Abgeordneten wollen nicht mit AfD-Kollegen reisen**

BERLIN - Ärger um eine geplante Reise des Wirtschaftsausschusses des Abgeordnetenhauses im Mai nach Israel. Abgeordneten aller Parteien wollen sich dort einen Einblick in die innovative Start-up-Szene des Landes verschaffen. Mehrere Parlamentarier überlegen nun, nicht mitzureisen. Grund: Der Vorsitzende des Ausschusses ist Frank-Christian Hansel (Foto) von der AfD.

Gegenüber der *Berliner Morgenpost* sagte der CDU-Abgeordnete Christian Gräff: „Ich habe aber keine Lust, in Israel ständig Angst haben zu müssen, dass er etwas Peinliches sagt.“ Aktueller Anlass des Streits ist offenbar, dass der AfD-Mann vor einigen Wochen in Chemnitz gemeinsam mit dem Exponenten des rechten Flügels, Björn Höcke, und Pegida-Chef Lutz

Bachmann teilgenommen hatte.

Hansel selbst vermutet, dass die anderen Parteien lediglich nach einem Grund suchten, die AfD zu diskreditieren: „Es gibt von mir und von meiner Partei ein klares Bekenntnis zum Staat Israel und zum Judentum in Deutschland.“

---

## **Müller gratuliert Wowereit zum Geburtstag**

BERLIN – Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller (SPD), hat seinem Vorgänger im Amte, Klaus Wowereit, zum 65. Geburtstag gratuliert.

Müller: „Klaus Wowereit hat sich große Verdienste um die deutsche Hauptstadt erworben. Ohne ihn stünde Berlin heute nicht so gut da: als Stadt mit einem Spitzenplatz beim Wirtschaftswachstum, als Ort der weltweit für seine Toleranz, Vielfalt und Offenheit geachtet wird. Es waren vor allem finanziell keine einfachen Jahre für Berlin. Die Lage kurz nach dem Jahrtausendwechsel verlangte nach einem Mentalitätswandel. Es ist Klaus Wowereit zu verdanken, dass nach einem Jahrzehnt des Zusammenwachsens eine Dekade der Modernisierung folgte.“

*Klaus Wowereit wurde am 1. Oktober 1953 in Berlin geboren und war vom 16. Juni 2001 bis zum 11. Dezember 2014 Regierender Bürgermeister von Berlin.*